

Eidgenössische Abstimmung vom 15. Mai 2022: Einstimmig Ja zur Frontex-Vorlage

Pressemitteilung des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbandes vom 6. April 2022

Die Präsidentenkonferenz des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbandes (kgv) befürwortet die Erhöhung des Beitrags an die Agentur für Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex) einstimmig. Ohne Beitragserhöhung droht der Schweiz der Ausschluss aus dem Schengen-Abkommen mit gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft: Die Schweiz müsste zu ihrem eigenen Schutz wieder ordentliche Kontrollen an der Grenze zu ihren Nachbarländern einführen. Die Folgen wären Personenstaus, Lieferverzögerungen bei Gütern und Zusatzkosten für die gesamte Wirtschaft. Weiter besuchen viele Touristinnen und Touristen aus nicht europäischen Ländern die Schweiz auf einer Mehrstaaten-Reise durch Europa. Beim Wegfall des Schengen-Abkommens müssten diese neben dem Schengen-Visum zusätzlich ein Visum für die Schweiz beantragen, was sich negativ auf das Tourismus-Land Schweiz auswirken dürfte.

Die Zahl von illegalen Flüchtlingen und die internationale Kriminalität nehmen zu. Deshalb müssen die Schengen-Staaten den Auftrag an die Frontex erweitern. Die Schengen-Mitglieder, zu denen die Schweiz seit 2008 gehört, müssen ihre Beiträge erhöhen und auch mehr Personal zur Verfügung stellen. Durch die Erweiterung des Frontex-Auftrags steigt der Schweizer Beitrag von 14 auf 61 Millionen Franken an.

Es gibt keine günstigere Alternative zum Ja zur Frontex-Vorlage.

Der kgv ist einstimmig der Ansicht, dass eine Nichterhöhung des Beitrags und der damit verbundene Ausschluss aus dem Schengen-Abkommen die Schweiz teuer zu stehen käme: Die Schweiz als kleines Land mit vielen Grenzen ist ganz besonders auf einen flüssigen und unbürokratischen Grenzverkehr angewiesen. Und auch die Sicherheit im Land wäre gefährdet, da der Schweiz ohne Schengen-Mitgliedschaft der Zugriff auf das Schengener Informationssystem zur Bekämpfung von internationaler Kriminalität, Terrorismus und illegaler Migration verwehrt würde.

Ein Nein wäre für den Logistik- und Export-Kanton Solothurn verheerend!

Der Kanton Solothurn beherbergt überdurchschnittlich viele Logistik-Unternehmen und ist überdurchschnittlich exportorientiert. Seine Nähe zu Deutschland und Frankreich bewirkt zudem einen regen grenzüberschreitenden Pendlerverkehr und auch die Wirkung auf den Tourismus darf nicht unterschätzt werden. Die Wiedereinführung der ordentlichen Grenzkontrollen würde sich auf die Wirtschaft und Gesellschaft mit Sicherheit negativ auswirken: Kilometerlange Staus an der Grenze, Güter, welche am Zoll tage-, wenn nicht wochenlang auf die Freigabe warten und hohe Zusatzkosten durch immense Formalitäten wären die Folgen und würden dem Wirtschafts-Standort Kanton Solothurn massiv schaden.

Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband empfiehlt aus den zuvor erwähnten Gründen den Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern EINSTIMMIG, am 15. Mai 2022 der Frontex-Vorlage zuzustimmen. Gerne erinnern wir an dieser Stelle auch an die kgv-Parole zu den kantonalen Steuervorlagen: Der kgv hat mit überwältigendem Mehr die JA-Parole zum Gegenvorschlag und die NEIN-Parole zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa» beschlossen.

Weitere Auskünfte erteilen:

Andreas Gasche
Geschäftsführer kgv
079 629 02 44

Dr. Pia Stebler
Präsidentin kgv
079 674 45 45

Die Präsidentenkonferenz des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbands ist das politische Entscheidgremium. Ihr gehören 66 Personen aus dem Zentralvorstand, der regionalen Gewerbevereine und der Branchenverbände an.

Der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband kgv vertritt rund 3'200 KMU aus den Bereichen Handwerk, Handel, Dienstleistung und Industrie. Er ist damit die mitgliederstärkste Wirtschaftsorganisation im Kanton Solothurn. Der kgv unterstützt und fördert Bestrebungen zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) und zur Steigerung der Attraktivität des Kantons Solothurn als Wirtschaftsstandort. Der kgv Solothurn fördert die Erhaltung einer freien, sozialen und ökologiefreundlichen Marktwirtschaft sowie wirtschaftlich günstiger Rahmenbedingungen.